

- schreitende Zusammenarbeit im Rettungsdienst
19. Beratung: Außerplanmäßige Auszahlungen und Verpflichtungsermächtigungen für den Spreeradweg im Haushaltsjahr 2019
 20. Beratung: Außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen für Planungsleistungen für die Radwege "Tour Brandenburg" und "Oder- Spree"
 21. Beratung: Neufassung der Entschädigungssatzung des Landkreises Oder-Spree für die ehrenamtlichen Mitglieder des Kreistages und seiner Ausschüsse, für die Vertreter des Landkreises in rechtlich selbstständigen Unternehmen sowie für die hauptamtlichen kommunalen Wahlbeamten (Entschädigungssatzung)
 22. Beratung: Neufassung der Richtlinie über die Finanzierung der Geschäftstätigkeit der Fraktionen und der kommunalpolitischen Fortbildung im Landkreis Oder-Spree
 23. Beratung: Wahl des Kreisbehindertenbeirates
 24. Beratung: Ergänzung der Arbeits- und Haushaltsplanung 2020 durch die AG "Ländliche Entwicklung"
 25. Sonstiges

II.Nichtöffentlicher Teil:

1. Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 28.08. und 18.09.2019 - nichtöffentlicher Teil
2. Beratung: Aufgabenübertragung als Leiter/in des Gesundheitsamtes
3. Kreisausschuss als Vergabeausschuss
- 3.1. Vergabeentscheidung: Bauleistungen K 6747
Abschnitt 30, L 40 bis Alt Stahnsdorf
Abschnitt 40 OD Alt Stahnsdorf

Zu TOP 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

er Vorsitzende, Herr Lindemann, eröffnet die dritte Sitzung des Kreisausschusses und erläutert kurz die Handhabung der neuen Mikrofone.

Die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

einstimmig zugestimmt

Zu TOP 2 Bestätigung der Tagesordnung

Herr Lindemann weist darauf hin, dass die Tagesordnung überarbeitet wurde:

TOP 18 wurde wegen einer Doppelung gestrichen,
TOP 22 Wahl des Kreisbehindertenbeirates wurde ergänzt,
TOP 23 Informationen zur AG Ländliche Entwicklung wurde ergänzt.

Herr Papendieck bittet um Informationen zum neuen Tesla-Vorhaben in der Gemeinde Grünheide unter TOP 3.

Herr Dr. Pech beantragt die Aufnahme des

TOP 24: Sonstiges.

Um Abstimmung wird gebeten.

einstimmig zugestimmt

**Zu TOP 3 Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 28.08. und 18.09.2019 -
öffentlicher Teil**

Schriftliche Einwendungen gegen die Niederschriften sind im Kreistagsbüro nicht eingegangen.
Um Abstimmung wird gebeten.

zugestimmt
Enthaltung 1

Zu TOP 4 Informationen zum Vorhaben der Firma Tesla

Wie unter TOP 2 beschlossen, informiert der Landrat die Anwesenden über den Stand der Planungen und Verhandlungen mit der Fa. Tesla über den Firmenstandort in Grünheide. Er sehe hierin eine Wertschätzung für das Land Brandenburg und den Landkreis Oder-Spree. Die Investitionen betragen voraussichtlich 4 Mrd. Euro und sind in ihrer Größenordnung vergleichbar mit dem Flughafen BER. Der Ministerpräsident messe der Angelegenheit größte Bedeutung zu. So werde eine Task-Force gebildet, die auf Landesebene alle Ressorts zusammenbinde und koordiniere.

Eine solche Arbeitsgruppe müsse ebenso für den Landkreis gebildet und der AG Ländliche Entwicklung unter Leitung von Frau Teltewskaja zugewiesen werden. Die Schnittstelle sei bei Herrn Gehm als Verbindungsperson zwischen Landkreis und Task-Force.

Der Wirtschaftsminister, Prof. Steinbach, sei gebeten worden, zum Kreistag am 04.12.2019 weitere Informationen zu geben und seine Sicht zu vermitteln.

Der Vorsitzende fragt nach, ob

die **Sitzung des Kreistages** am 04.12.2019 bereits auf **16:30 Uhr** wegen des Besuches des Wirtschaftsministers verlegt werden kann?

Ebenso müsse die bereits geplante **Sondersitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport auf 16:00 Uhr** verlegt werden.

Diesen Vorschlägen stimmen alle Abgeordneten zu.

zur Kenntnis genommen

**Zu TOP 5 Konfliktlösung für das Oder-Spree-Krankenhaus
Vorlage: 10/DIE LINKE.PIRAT/1**

Herr Dr. Pech verweist auf die aktuelle Fassung des Antrages, die auf den Tischen ausgelegt worden ist. Hinweise und Einwendungen aus den Fachausschüssen hätten Berücksichtigung gefunden.

Auch, wenn das Ergebnis der Gespräche bzw. Tarifverhandlungen der vergangenen Tage nicht bekannt sei, dürfe nicht aus den Augen verloren werden, dass die Sicherung der Beschäftigung des Personals am Standort und die konzeptionelle Entwicklung zu konkreten Terminen eingefordert werden sollten, um eine betriebswirtschaftliche Perspektive zu schaffen; die Konzeption müsse die gesundheitliche Versorgung insgesamt umfassen.

Die Krankenhausfinanzierung sei an rechtliche Rahmenbedingungen gebunden, die in Bund und Ländern festgelegt wurden. Das betreffe die Fragen der Krankenhausfinanzierung insgesamt und die Fragen der Krankenhausplanung. Folglich sei es notwendig, dass der Landkreis gegenüber den Zuständigen die Forderung laut werden lasse, dass die Bedingungen für die Krankenhausfinanzierung es hergeben müssten, dass kommunale Krankenhäuser nach Tarif bezahlen.

Herr Buhrke informiert im Anschluss über die Tarifverhandlungen im Krankenhaus. Einen Tag zuvor (am 19.11.2019) sei eine Einigung erzielt worden, die jedoch noch in den Gremien behandelt werden müsse; danach würde der Unterzeichnungsprozess in Gang gesetzt werden. Im Vertrag sei entsprechend der wirtschaftlichen Möglichkeiten der erste Punkt des Antrages berücksichtigt worden. Man sei wegen der großen Transparenz ein gutes Stück vorangekommen.

Wie die finanzielle Sicherstellung des Tarifverhältnisses dauerhaft erfolge, müsse weiterhin geprüft werden; ein Konzept liege noch nicht vor.

Herr Dr. Zeschmann bittet um Auskunft, wie weit die Annäherung an den Tarif des öffentlichen Dienstes erfolgt sei.

Herr Buhrke teilt daraufhin mit, dass das Tarifwerk des TVöD mit notwendigen Anpassungen übernommen worden sei. Weitere Schritte würden nach Ablauf des Tarifvertrages zu erwarten sein.

Herr Dr. Zeschmann **beantragt die Streichung** aus dem ersten Teil des Antrages: „und mittelfristig eine Angleichung“.

Es sei wünschenswert, ein wirtschaftliches Konzept für das Krankenhaus zu erarbeiten, aus dem sich die Finanzierbarkeit des Tarifvertrages ergebe und das nach Ablauf des Tarifvertrages die vollständige Angleichung an den TVöD vorsehe.

Herr Schroeder äußert seine Auffassung, dass er es nicht als notwendig ansehe, dass der Kreistag in die Tarifverhandlungen eingreife, denn die Verhandlung sollten durch die Tarifpartner geführt werden und es gebe hier bereits eine Einigung.

Herr Dr. Pech erläutert, dass Punkt 1 des Antrages eine langfristige Zielsetzung beinhalte, die in Verhandlungen angestrebt werden soll. Es sei keine Festlegung über einen bestimmten Zeitpunkt, vielmehr eine Botschaft für das Personal, dass es eine übereinstimmende Zielsetzung gebe, die eine Schlechterstellung der Beschäftigten des Krankenhauses in Beeskow gegenüber vergleichbaren Anderen vermieden werden soll.

Da der Kreisausschuss als Gesellschafterversammlung fungiere, müsse man die Verantwortung des Kreistages sehen und müssten entsprechende Bedingungen geschaffen werden, die bindend seien.

Herr Papendieck äußert, dass es für ihn nicht ersichtlich sei, dass das bezweckte Ziel erreicht werde. Das Ergebnis der Verhandlungen der Gewerkschaft müsse finanziell unterlegt bzw. müsse ein umfassendes Konzept erarbeitet werden. Erfahrungen anderer kommunaler Träger müssten herangezogen werden.

Dass die medizinische Versorgung im Landkreis prekär sei und Termine in den Arztpraxen nur begrenzt zur Verfügung stünden, könne nicht hingenommen werden. Hier müsse weitergehend geprüft werden, wie die Situation verbessert werden kann.

Der Vorsitzende bittet um Abstimmung zur Weiterleitung des Antrages an den Kreistag.

Mehrheitlich zugestimmt

Nein 4 Enthaltung 2

**Zu TOP 6 Beratung: Satzung des Landkreises Oder-Spree über die Erhebung von
Gebühren für die Abfallentsorgung – Abfallgebührensatzung -
Vorlage: 068/2019**

Herr Dr. Zeschmann merkt an, dass in der Anlage 2, Seite 2, in § 2 der zweite Absatz ersatzlos gestrichen worden, ein Anlass nicht erkennbar sei. Er erwarte eine Erklärung.
Weiterhin sei in § 5 (Anlage 2) eine Steigerung von 10 %, manchmal bis zu 20 %, zu verzeichnen. Das sei für die Bürger und Unternehmer eine Zumutung.

Herr Buhrke erläutert daraufhin, dass die Satzung im Werkausschuss ausführlich behandelt und einstimmig abgeschlossen worden sei. Die Frage könne jedoch aufgenommen und zum nächsten Kreistag beantwortet werden.

Um Abstimmung wird gebeten.

Mehrheitlich zugestimmt
Nein 1 Enthaltung 0

**Zu TOP 7 Beratung: Satzung des Landkreises Oder-Spree über die Erhebung von
Gebühren für die Benutzung der Entsorgungsanlagen - Benutzungsg-
ebührensatzung -
Vorlage: 069/2019**

Herr Dr. Zeschmann ergreift erneut das Wort und bemängelt, dass in der tabellarischen Darstellung, Anlage 2, ab Seite 13 die Gegenüberstellung der Gebühren eine Steigerung zwischen 15 und 20 % ausweise. Das sei zuviel.

Der Vorsitzende schlägt die gleiche Verfahrensweise wie im vorangegangenen TOP vor.

Herr Buhrke ergänzt, dass es sich um tatsächliche Kosten handele und die Satzung dem Rechnungsprüfungsamt vorgelegen habe. Er könne die Kostenkalkulation zur Information zur Verfügung stellen.

Im Anschluss erfolgt die Abstimmung.

Mehrheitlich zugestimmt
Nein 1 Enthaltung 0

**Zu TOP 8 Beratung: Prioritätenliste für den Investitionsbedarf des Landkreises
Oder-Spree im Zeitraum 2020 bis 2023 ff
Vorlage: 054/2019/1**

Es werden keine Anmerkungen oder Fragen vorgetragen, um Abstimmung wird gebeten.

einstimmig zugestimmt
Enthaltung 1

**Zu TOP 9 Beratung: Grundsatzbeschluss zur Vorbereitung des grundhaften Ausbaues der K 6744 Abschnitt 020, OD Reichenwalde.
Vorlage: 071/2019**

Frau Kaethner bittet um nähere Informationen, da ihr der Überblick über die Investitionen fehle und in den Fachausschüssen nur die spezifische Abhandlung erfolgt sei.

Herr Dr. Berger sowie auch Herr Gehm und Herr Luhn verweisen auf die Einladung zur Haushaltsklausur am 27.11.2019.

Weitere Anmerkungen oder Fragen werden nicht vorgetragen, um Abstimmung wird gebeten.

einstimmig zugestimmt

**Zu TOP 10 Beratung: Grundsatzbeschluss zur Vorbereitung der Erneuerung der K 6744, Abschnitt 030, freie Strecke OE Briesenluch – Kummerallee in der Gemeinde Spreenhagen, Ortsteil Mark-grafpieske
Vorlage: 072/2019**

Es werden keine Anmerkungen oder Fragen vorgetragen, um Abstimmung wird gebeten.

einstimmig zugestimmt

Enthaltung 1

**Zu TOP 11 Beratung: Grundsatzbeschluss zur Vorbereitung des grundhaften Ausbaus der K 6737 Abschnitt 010, Ortsdurchfahrt (OD) Arensdorf in der Gemeinde Steinhöfel
Vorlage: 075/2019**

Es werden keine Anmerkungen oder Fragen vorgetragen, um Abstimmung wird gebeten.

einstimmig zugestimmt

Enthaltung 1

**Zu TOP 12 Beratung: ÖPNV-Investitionsplan für das Jahr 2020 des Landkreises Oder-Spree zur Förderung von Investitionen in Infrastrukturmaßnahmen des ÖPNV in den Gemeinden und Städten des Landkreises und von Anlagen des übrigen ÖPNV
Vorlage: 076/2019**

Herr Dr. Stiller bittet darum – soweit im nächsten Jahr Geld übrig bleibe - die Bushaltestellen für die Busse mit Überlänge zu vergrößern.

Weitere Anmerkungen gibt es nicht, um Abstimmung wird gebeten.

einstimmig zugestimmt

**Zu TOP 13 Beratung: Kinderschutzmonitoring des Jugendamtes des Landkreises Oder-Spree-Jährliches Monitoring zu Entwicklungen und Tendenzen der Meldungen und der tatsächlich festgestellten Kindeswohlgefährdungen im Landkreis Oder-Spree-Berichtszeitraum 2018
Vorlage: 062/2019**

Es werden keine Anmerkungen oder Fragen vorgetragen, um Abstimmung wird gebeten.

einstimmig zugestimmt

**Zu TOP 14 Beratung: Kinderschutzbericht des Jugendamtes des Landkreises Oder-Spree-Berichtszeitraum 2014-2017
Vorlage: 061/2019**

Es werden keine Anmerkungen oder Fragen vorgetragen, um Abstimmung wird gebeten.

einstimmig zugestimmt

**Zu TOP 15 Beratung: Richtlinie des Landkreises Oder-Spree über die Gewährung wirtschaftlicher Leistungen nach dem SGB VIII - Änderung
Vorlage: 063/2019**

Es werden keine Anmerkungen oder Fragen vorgetragen, um Abstimmung wird gebeten.

einstimmig zugestimmt

Enthaltung 1

**Zu TOP 16 Beratung: Sitzungsplan des Kreistages Oder-Spree und seiner Ausschüsse für das Jahr 2020
Vorlage: 065/2019**

Herr Dr. Stiller bittet um Aufnahme der Termine des Unterausschusses Jugendhilfeplanung.

Herr Dr. Zeschmann bittet um Verlegung des geplanten Kreistages am 01.04.2020, da hier eine Sitzung des Landtages stattfindet.

Herr Buhrke wird die Bitte prüfen, da in dem Kreistag am 01.04.2020 der Haushaltsplan beschlossen werde und es müssten Fristen des Beteiligungsrechtes gewährleistet werden.

Mehrheitlich zugestimmt

Nein 1

**Zu TOP 17 Beratung: Beschluss über das Inkrafttreten einer neuen Satzung über die Aufwandsentschädigung und die Reisekostenpauschale für den Kreisbrandmeister und stellvertretende Kreisbrandmeister.
Vorlage: 066/2019**

Es werden keine Anmerkungen oder Fragen vorgetragen, um Abstimmung wird gebeten.

einstimmig zugestimmt

Enthaltung 1

Zu TOP 18 Beratung: Kooperationsvereinbarung zur Umsetzung des Rahmenabkommens zwischen der Republik Polen und der Bundesrepublik Deutschland über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Rettungsdienst
Vorlage: 067/2019

Es werden keine Anmerkungen oder Fragen vorgetragen, um Abstimmung wird gebeten.

einstimmig zugestimmt
Enthaltung 1

Zu TOP 19 Beratung: Außerplanmäßige Auszahlungen und Verpflichtungsermächtigungen für den Spreeradweg im Haushaltsjahr 2019
Vorlage: 078/2019

Es werden keine Anmerkungen oder Fragen vorgetragen, um Abstimmung wird gebeten.

einstimmig zugestimmt
Enthaltung 1

Zu TOP 20 Beratung: Außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen für Planungsleistungen für die Radwege "Tour Brandenburg" und "Oder-Spree"
Vorlage: 079/2019

Es werden keine Anmerkungen oder Fragen vorgetragen, um Abstimmung wird gebeten.

einstimmig zugestimmt
Enthaltung 2

Zu TOP 21 Beratung: Neufassung der Entschädigungssatzung des Landkreises Oder-Spree für die ehrenamtlichen Mitglieder des Kreistages und seiner Ausschüsse, für die Vertreter des Landkreises in rechtlich selbstständigen Unternehmen sowie für die hauptamtlichen kommunalen Wahlbeamten (Entschädigungssatzung)
Vorlage: 074/2019

Herr Buhrke führt aus, dass die vorliegende Fassung fehlerhaft sei und ausgetauscht werden müsse.

Herr Luhn bittet um nähere Erläuterung bezüglich der Erstattung der Fahrtkosten der sachkundigen Einwohner für deren Teilnahme an den Fraktionssitzungen.

Herr Buhrke beantwortet, dass hierfür die Fraktionsgelder in Anspruch genommen werden müssten. Anders verhalte es sich bei der Teilnahme an den Sitzungen der Fachausschüsse. Hier greife die Entschädigungssatzung.

Herr Schroeder erwidert, dass in der vorliegenden Fassung der Punkt der Fahrtkosten für die sachkundigen Einwohner doppelt erscheine und es nicht eindeutig sei, wie die Finanzierung für die Teilnahme an Fraktionssitzungen zu erfolgen habe.

Herr Dr. Pech bittet zu beachten, dass die Fahrtkosten und die Erstattung der Kosten für die Teilnahme an Sitzungen in einer Satzung nicht getrennt werden sollten. Denn somit müsse die Abrechnung einerseits gegenüber der Fraktion und andererseits gegenüber dem Kreistagsbüro erfolgen.

Ebenso schlage er vor, dass vor Auszahlung des Betrages für die Anschaffung von Technik eine Abfrage durchgeführt werden sollte, so dass das Problem der Rückzahlungen nicht entstehe.

Herr Lindemann weist abschließend darauf hin, dass die Anschaffung der Technik für den papierlosen Sitzungsdienst nicht bindend sei und er davon ausgehe, dass nicht alle Abgeordneten davon Gebrauch machen werden.

Die überarbeitete Vorlage wird spätestens zum Kreistag am 04.12.2019 vorliegen.

einstimmig zugestimmt
Enthaltung 2

Zu TOP 22 Beratung: Neufassung der Richtlinie über die Finanzierung der Geschäftstätigkeit der Fraktionen und der kommunalpolitischen Fortbildung im Landkreis Oder-Spree
Vorlage: 077/2019

Dr. Pech bezieht sich auf den Sachverhalt des vorherigen TOP; es möge auch hier beachtet werden, dass die Fahrtkosten und Sitzungsgelder einheitlich abgerechnet werden sollten.

Weitere Anmerkungen gibt es nicht; um Abstimmung wird gebeten.

einstimmig zugestimmt

Zu TOP 23 Beratung: Wahl des Kreisbehindertenbeirates
Vorlage: 080/2019

Es werden keine Anmerkungen oder Fragen vorgetragen, um Abstimmung wird gebeten.

einstimmig zugestimmt

Zu TOP 24 Beratung: Ergänzung der Arbeits- und Haushaltsplanung 2020 durch die AG "Ländliche Entwicklung"
Vorlage: 081/2019

Frau Teltewskaja erläutert den Inhalt der Informationsvorlage; sie stelle eine Zusammenfassung der Themen vor, die innerhalb der Unterarbeitsgruppen und AG Ländliche Entwicklung erarbeitet wurden. Ein Teil der Aktivitäten sei bereits in der Haushaltsplanung berücksichtigt worden, ein Teil konnte wegen Verzögerungen nicht eingeplant werden und wird nunmehr mit der Vorlage vorgestellt.

Sie schlage vor, dass diese Vorlage durch die Fraktionen in den Kreistag eingebracht wird. Dies sei ein Zeichen der Positionierung.

einstimmig zugestimmt
Enthaltung 2

Zu TOP 25 Sonstiges

1. Herr Dr. Pech thematisiert die Situation des Rettungsdienstes im Landkreis. Er bittet um nähere Informationen zum Sachverhalt, da die Medien dieses Thema bereits aufgegriffen hätten.

Herr Buhrke führt dazu aus, dass aus verschiedenen Gründen derzeit ein massives Überstundenproblem bestehe und der gesetzliche Rahmen diesbezüglich beachtet werden müsse. Hintergrund sei die Novellierung der Dienstplanverordnung, die im Landtag beschlossen wurde. Hier werde eine Änderung der Ausbildungszeit und der Besetzung der Fahrzeuge mit Rettungsassistenten vorgesehen. Mitarbeiter müssten zur Schule, was Arbeitszeit bedeute. Personal in bewilligten Größenordnungen, um diese Lücke zu schließen, gebe es derzeit nicht. Dieses Problem bestehe landesweit.

Daher habe man sich dazu entschlossen, einzelne Nebenwachen zu schließen, da einige nicht ausgelastet seien. Die Aufgaben müssten von den Hauptwachen übernommen werden, die Hilfsfrist von 15 Minuten sei garantiert.

Zum Jahresende sei der „Nachhang“ abgebaut, ersatzweise könne auf den Katastrophenschutz zurückgegriffen werden.

Herr Dr. Pech fragt nach, ob die Hilfsfrist im Landkreis tatsächlich eingehalten werde.

Herr Buhrke erläutert, dass von anderen Seiten angestrebt wurde, die Hilfsfristen zu kürzen. Da diese jedoch im ländlichen Bereich nicht einzuhalten gewesen wären, seien sie nach umfangreicher Diskussion auf dem Stand belassen worden. Die Einhaltung der Rettungsfrist sei ein Qualitätsmaßstab; daher wurden in den vergangenen Jahren zusätzlich Wachen eingerichtet.

Herr Dr. Zeschmann schließt sich der Frage von Dr. Pech an und bittet um konkrete Angaben zu den gesetzlichen Vorgaben und deren Erfüllung. Es stelle sich ihm die Frage, wo das Erfordernis des Betriebes der Nebenwachen sei, wenn die Rettungsfrist auch so eingehalten werde?

Herr Buhrke informiert, dass die Einhaltung der Rettungsfrist in den Landkreisen zwischen 87 bis 92 % liege, im hiesigen Landkreis mit 91 % gewährleistet worden sei. Das Einrichten der Nebenwachen könne nicht in Zusammenhang gebracht werden; die wenigen Einsätze in der Nacht hätten keinen Einfluss auf die Statistik.

2. Herr Papendieck kritisiert, dass Beschluss- oder Tischvorlagen immer häufiger erst am Tag der Sitzung ausgehändigt werden und er sich nicht ausreichend zu diesen Themen vorbereiten könne. Ebenso stelle er das Verhalten einiger Abgeordneter bezüglich der Teilnahme an Sitzungen zur Diskussion und bittet darum, dass man sich diszipliniere.

Herr Lindemann schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.

zur Kenntnis genommen

Rolf Lindemann
Vorsitzender des
Kreisausschusses

Sina Ziesmer
Schriftführerin